



**HEINRICH ZERTIK**  
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

**CDU** Wir in Lippe



**Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,**

nun steht es fest, mit wem die SPD in den Bundestagswahlkampf ziehen wird. Der ehemalige Präsident des Europäischen Parlaments Martin Schulz tritt für die Sozialdemokraten an. Schulz ist ganz eng mit der Europapolitik verbunden. Die Innenpolitik ist für ihn eher Neuland. Insofern bleibt abzuwarten welche Akzente der designierte Kanzlerkandidat der Sozialdemokraten setzen wird. Wir haben jedenfalls mit unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel ein politisches Schwergewicht im Ring. Laut einer repräsentativen Umfrage können sich 20 Prozent der Bürgerinnen und Bürger vorstellen, ihre Stimme das erste Mal bei einer Bundestagswahl der CDU/CSU zu geben. 15 Prozent davon gaben als Grund Angela Merkel an.

Besonders groß ist die Wechselstimmung bei den Anhängern der Grünen. Dort gaben etwa 20 Prozent eine potenzielle Bereitschaft zum Angela Merkel zu wählen und somit ihr Kreuz bei der CDU/CSU. Gefolgt von den Liberalen mit 16 Prozent und den Sozialdemokraten mit 13 Prozent.

In der letzten Woche wurde Michaela Noll aus dem Kreis Mettmann zur Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages gewählt. Frau Noll war bisher in der Funktion der parlamentarischen Geschäftsführerin. Für Ihre neue Aufgabe wünsche ich ihr alles Gute! Ihnen allen ein schönes Wochenende!

Ihr *H. Zertik*

**Bericht aus dem Innenausschuss am 18.01.2017**

In unserer letzten Arbeitsgruppensitzung Innen stellte sich die neue Präsidentin des Bundesamtes für Migration und Flüchtlingswesen, kurz BAMF, vor. Jutta Cordt ist seit Februar im Amt und berichtete aktuell aus der Arbeit dieser Behörde. Es sei eine besondere Herausforderung, eine Behörde personell und strukturell anzupassen, bei der das Personal von 2500 auf 10.000 innerhalb kurzer Zeit angewachsen sei. Trotzdem sei es gelungen, im letzten Jahr 700.000 Asylverfahren zu bearbeiten. Das sei eine Steigerung um fast 150 Prozent. Handlungsbedarf sieht Frau Cordt in vier großen Themenfeldern. Erstens ginge es darum, die 434.000 Altverfahren möglichst zügig abzuarbeiten.



Wichtig sei dabei, die hohe Qualität zu erhalten und nach dem Vier-Augen-Prinzip sicherzustellen, dass alles korrekt ablaufe. Das heißt im Klartext, dass alle Verfahren, die von neu geschulten Mitarbeitern bearbeitet würden, noch einmal von einer erfahrenen Kraft gegengeprüft werden.

Auch beim Thema Integration habe die Behörde einen hohen Anspruch. Ziel sei es, dass zwischen positivem Anerkennungsbescheid und dem Beginn des Integrationskurses maximal sechs Wochen liegen. Deshalb werde auch viel für die Gewinnung weiterer Lehrkräfte und Träger getan. Das große Thema Rückkehr abgelehnter Asylbewerber sieht Cordt als weitere Herausforderung für die Behörde an. Nötig sei es, gleichzeitig mit der Bearbeitung des Asylantrages auch über die Möglichkeiten einer freiwilligen Rückkehr zu informieren und zu beraten. Der Bund stellt für freiwillige Rückkehrer insgesamt 40 Millionen Euro zur Verfügung. Entscheidet sich der Antragsteller noch vor Abschluss seines Verfahrens, wieder in sein Heimatland zurückzukehren, bekommt er 1200 Euro, ist der Bescheid durch die Behörde bereits erfolgt, erhält er 800 Euro als Starthilfe.



Das große Themenfeld Sicherheit wurde der Vizepräsidentin des BAMF, Dr. Uta Dauke, vorgestellt. Im BAMF wurde dafür ein Referat für Sicherheit eingerichtet, welches mit den deutschen Sicherheitsbehörden eng vernetzt sei. Das im letzten Jahr durch den Bundestag auf den Weg gebrachte Datenaustauschverbesserungsgesetzes sei ein wesentlicher Baustein dafür, dass Daten von verschiedenen Behördenabgefragt werden könnten. 7500 Behörden seien an das Kerndatensystem angeschlossen. Mit dem fälschungssicheren Ankunftsnachweis sei eine eindeutige Identifizierung sichergestellt.

Steckbrief: Jutta Cordt, Jahrgang 1964, sammelte nach einem Studium der Rechtswissenschaften in einer Rechtsanwaltskanzlei in den USA erste Erfahrungen, bevor sie ihre Karriere in der Bundesagentur für Arbeit (BA) 1993 als Trainee für den höheren Dienst beim Landesarbeitsamt Nordrhein-Westfalen begann. 2002 wechselte sie für kurze Zeit ins Bundesarbeitsministerium, in die Geschäftsstelle der Hartz-Kommission. Dann kehrte sie zur BA zurück und leitete dort zunächst die Regionaldirektion für Sachsen, zuletzt die für Berlin-Brandenburg.



**HEINRICH ZERTIK**  
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

**CDU** Wir in Lippe



**Zeitumstellung auf den Prüfstand – CDU/CSU fordert europaweite Neubewertung**

Zum möglichen Nutzen der Zeitumstellung gibt es seit ihrer Einführung sehr unterschiedliche Ansichten und kontroverse Diskussionen. Wir haben uns mit dem Thema befasst und Beschlüsse getroffen, die darauf abzielen, die Zeitumstellung abzuschaffen –



die CSU auf ihrem kleinen Parteitag am 16. März 2013 und die CDU auf ihrem Parteitag am 5. April 2014. Eine abschließende Festlegung, ob stattdessen die Sommer- oder die Winterzeit als ganzjährige Zeit eingeführt werden soll, wurde innerhalb der Union nicht getroffen.

Laut einer Statistik der Krankenkasse DAK-Gesundheit gingen im Jahr 2014 in Unternehmen und Betrieben an den drei Tagen nach der Umstellung 15 Prozent mehr Krankmeldungen ein als an vergleichbaren Werktagen. In einer im Auftrag der Krankenkasse DAK-Gesundheit durchgeführten Forsa-Umfrage gaben 27 Prozent aller Befragten an, dass sie schon einmal infolge der Zeitumstellung irgendwelche Probleme hatten.

Seit 2007 wurde keine offizielle Bewertung der Auswirkungen der Zeitumstellung durch die EU-Kommission mehr vorgenommen. Vor diesem Hintergrund fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die EU-Kommission auf, einen Vorschlag zur Änderung der Richtlinie zur Regelung der Sommerzeit vorzulegen mit dem Ziel, die Zeitumstellung abzuschaffen und gleichzeitig eine Neuregelung für ein weiterhin dauerhaftes einheitliches Zeitregime in Europa zu treffen.



**Deutsche Wirtschaft in sehr guter Verfassung.**

Auch der letzte Jahreswirtschaftsbericht dieser Wahlperiode bestätigt die positive Wirtschaftsentwicklung trotz eines

schwierigen internationalen Umfelds. Die Arbeitslosigkeit befindet sich auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung, die Beschäftigung auf einem Höchststand. Die Löhne und Gehälter verzeichnen starke Zuwächse. Das ist unsere Politik des Wohlstands für alle. Für das Jahr 2017 erwartet die Bundesregierung ein Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts von 1,4 Prozent.

Die gute Wirtschaftsentwicklung ist auch Ergebnis unserer Haushalts- und Finanzpolitik der schwarzen Null und der ständig steigenden Ausgaben für Bildung und Forschung. Aber CDU und CSU lehnen sich nicht zurück. In Bereichen wie Digitalisierung, Fachkräftesicherung, Flexibilität des Arbeitsmarktes, Bezahlbarkeit der Energieversorgung oder Integration von Migranten müssen wir erhebliche Herausforderungen anpacken. Ein großes Anliegen der CDU/CSU Bundestagsfraktion ist es, die kräftig angehobenen Bundesmittel für öffentliche Investitionen schneller in die Tat und in konkrete Vorhaben umzusetzen. Das Geld muss schneller in die Straße, ins Breitband und in die Kindergärten kommen. Der Jahreswirtschaftsbericht enthält eine Übersicht der vielfältigen Maßnahmen zur Stärkung öffentlicher wie auch privater Investitionen. Dies bestärkt die Fraktion darin, den Haushaltsüberschuss 2016 aus Gründen der Generationengerechtigkeit jetzt zur Tilgung von Schulden zu verwenden.

**Technik für unsere Sicherheit nutzen.**

Der terroristische Anschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz und die jüngsten Gewaltexzesse in Berliner U-Bahnhöfen haben gezeigt,



dass die Ausweitung der Videotechnik unerlässlich ist. Nicht nur dient der Einsatz dieser Technik der Verfolgung von Straftätern. Videoüberwachung wirkt insbesondere im Bereich der Alltagskriminalität abschreckend, denn auf gestochene scharfe Bilder „in flagranti“ sind wenige Täter scharf.

Dass sich der rot-rot-grüne Senat in Berlin weiterhin gegen eine Ausweitung der Videoüberwachung sperrt, ist nicht nachvollziehbar – zumal Täter erst jüngst innerhalb von Stunden nach der Veröffentlichung von Bildsequenzen identifiziert werden konnten. Im Bund tun wir alles dafür, um die Videoüberwachung an sensiblen Punkten zu stärken. Deshalb beraten wir in dieser Woche mit dem Videoüberwachungsverbesserungsgesetz einen Vorschlag unseres Bundesinnenministers, der den Einsatz dieser Technik an öffentlich zugänglichen Anlagen wie Einkaufszentren und Sportstätten erleichtert.

Darüber hinaus wollen wir der Bundespolizei den Einsatz automatischer Kennzeichenlesesysteme ermöglichen, um besser nach gesuchten Fahrzeugen fahnden zu können. Auch wollen wir durch Technik unsere Polizisten besser schützen. Deshalb schaffen wir die Voraussetzung zum Einsatz körpernah getragener Kameras, sogenannter Bodycams. Die kleinen Geräte sind geeignet, Gewalt gegen Polizeibeamte einzudämmen und zugleich Straf- und Ordnungswidrigkeiten besser verfolgen zu können.